

Bezugspreis:

Stückpreis 2.- M. monatlich 6.- M. ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 13. August 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Anzeigenpreis:

Die achtgrößte Anzeigenzeile ...

Begrenzung des Privatvermögens.

Die Streiks.

Belgien.

Zu dem drohenden Streik der belgischen Staatsbeamten ...

Frankreich.

In Paris sind die Gemüsehändler in den Ausstand getreten ...

England.

Ablehnung der politischen Streiks.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London ...

Oberschlesien.

Streikstelle schreibt:

Dienstagabend fand in Kattowitz auf Einladung und unter dem Vorsitz des Vertreters des Staatskommissars ...

Die Vertreter der Gewerkschaften erklären sich bereit, für folgende Forderungen einzutreten ...

- 1. Wiedereinstellung der Arbeiter gemäß den Forderungen unter 1.
2. Wiedereröffnung der stillgelegten Betriebe.
3. Wahrung des Belagerungszustandes, damit Konferenzen und Versammlungen wirtschaftlicher Art unangemeldet und unbewacht tagen können.
4. Mit dem Beitritt des Polnischen Zentralverbandes in die Arbeitsgemeinschaft der Berg- und Metallarbeiter erklären sich die Organisationsvertreter einverstanden.
5. Die Behörde verspricht, für die Haftentlassung etwaiger verhafteter politischer Führer, die sich eines Verbrechens nicht schuldig gemacht haben, einzutreten.

Die Vertreter der Gewerkschaften nahmen diese Vorschläge an. Die Obleute der Streikenden erklärten, mit diesen Vorschlägen an ihre Belegschaften heranzutreten ...

Der Bankbeamtenstreik.

Zu dem Bankbeamtenstreik wird von der Zentralstreikleitung mitgeteilt, daß bisher eine Klärung der Lage nicht erfolgt sei ...

Einberufung der Washingtoner Arbeiterkonferenz.

Amsterdam, 13. August. Das Reutersche Bureau meldet aus Washington, daß Wilson die vom Friedensvertrag vorgesehene internationale Arbeiterkonferenz zum Oktober nach Washington einberufen hat.

Unsere Leser werden sich der vier Forderungen erinnern, die auf dem Amsterdamer Gewerkschaftskongress als Vorbedingung für die Teilnahme der organisierten Arbeiterschaft an der Washingtoner Konferenz aufgestellt wurden ...

Ungarn.

Die Rumänen fügen sich nicht.

Die Rumänen haben noch immer nicht auf die Note des Obersten Rates geantwortet.

Das Pariser „Petit Journal“ rechtfertigt die Haltung der Alliierten mit folgenden Worten: „Es ist klar, daß die Anerkennung der Regierung des Erzherzogs nicht von der rumänischen Frage getrennt werden kann.“

Um der Monarchie der Staatsbürger den Weg zu öffnen, wollen die französischen Imperialisten gern den Uebermut der Rumänen ertragen.

Massenflucht ungarischer Kommunisten.

Dem Pariser „Temps“ wird aus Wien gemeldet: Zahlreiche Mitglieder der ungarischen roten Armee flüchteten außer Landes, um den Repressalien der Alliierten zu entgehen.

Die neue ungarisch-rumänische Grenze.

Der französische General Franchet d'Espèrey ist in Szegedin eingetroffen, um die neue Abgrenzungslinie zwischen Rumänien und Ungarn festzusetzen.

Die kommunistischen Führer unter Anklage.

Das Budapester Amtsblatt veröffentlicht die Ernennung des Vizeadmirals Nikolaus Dorthy zum Oberkommandanten der gesamten ungarischen Wehrmacht ...

Die Budapester Staatsanwaltschaft hat gegen Bela Kun und Genossen ein Strafverfahren wegen des Verbrechens der Aufreizung und des Verbrechens des Mordes ...

Die geheimen Vorbereitungen.

Den „Frankfurter Nachrichten“ wird aus Paris gemeldet: Wie uns von unrichtiger Seite mitgeteilt wird, sollen schon seit dem 22. Juli in Luzern Zusammenkünfte „hochgestellter“ österreichisch-ungarischer Persönlichkeiten stattgefunden haben ...

Ein Koalitionskabinett?

Es laufen Meldungen um, wonach an dem Zustandekommen eines Koalitionsministeriums gearbeitet wird. Der Pabstburger Joseph wünscht ein kräftigeres Fundament für seine weiteren Ziele.

Griechisch-italienische Verständigung.

Wie der „Secolo“ aus Paris erfährt, soll die griechisch-italienische Verständigung vollendete Tatsache und von großer Bedeutung für die beiden Mittelmeerländer sein.

Ablehnung der französischen Gewerkschaften. Die „Matin“ aus Straßburg meldet, haben die dortigen Eisenbahn-, Post- und anderen Staatsbeamten beschlossen, sich nicht den allgemeinen französischen Gewerkschaften anzuschließen.

Vermögensgrenze.

Als harte Notwendigkeit ist die große Vermögensabgabe, das Reichsnotopfer, im Entwurf der Reichsregierung vor die Nationalversammlung gebracht.

Wägt sich die geplante große Vermögensabgabe noch wirksamer und sozialer gestalten durch die Einführung einer „Vermögensgrenze“?

Der Gedanke einer Vermögensgrenze beruht auf den nachfolgenden einfachen Erwägungen.

Damit die Staaten um so eher in die Lage kommen, allen mühselig Beladenen ein menschenwürdiges Existenzminimum an gesichertem Einkommen zu garantieren ...

Die Vermögensgrenze sollte nur die Einzelvermögen treffen, nicht die volkswirtschaftlich und kulturell notwendigen Kapitalassoziationen der Handelsgesellschaften ...

Die Vermögensgrenze brauchte keineswegs in aller Welt schematisch gleich zu liegen. Sie wäre für die durch den Krieg besonders stark verschuldeten Völker enger zu ziehen als für die anderen.

Die Vermögensgrenze brauchte auch für ein und dasselbe Staatswesen nicht starr und unveränderlich festzuliegen. Sie wäre vielmehr von Zeit zu Zeit dem jeweiligen Stande der Volkswirtschaft anzupassen.

Die grundsätzliche Durchführung der Vermögensgrenze wäre eine Aufgabe von allgemeiner staatsrechtlicher Bedeutung für den wahren, sozialgerichteten Völkerverbund.

Die nähere Begründung des Gedankens und der Nachweis seiner gesetzlichen Formulierbarkeit findet sich in meiner Schrift „Vermögensgrenze.“

Für Deutschland würde eine Privatvermögensgrenze von 2 Millionen Mark bei der ersten Umlage, im Zusammenreffen mit dem Reichsnotopfer, dessen Ergebnis beträchtlich erhöhen.

Es ist klar, daß in jenen obersten Schichten des steuerbaren Nationalvermögens — wenigstens bei den Einzel-

vermögen von mehr als 6 Millionen Mark — die durchgängige Begrenzung auf 2 Millionen Mark stärker zu Buch schlägt, als eine gegen zwei Drittel ansteigende Einziehung nach dem Plane des Reichsnotopfers.

Zwei Beispiele mögen die schärfere Wirkung der Vermögensgrenze veranschaulichen. Ein Vermögen von 300 Millionen Mark wäre unter einer Vermögensabgabe von zwei Drittel einzuziehen in Höhe von 200 Millionen Mark, unter einer Vermögensgrenze von 2 Millionen Mark dagegen in Höhe von 298 Millionen Mark. Ein Vermögen von 30 Millionen Mark verfiel unter einer Vermögensabgabe von zwei Drittel der Einziehung in Höhe von 20 Millionen Mark, unter einer Vermögensgrenze von 2 Millionen Mark dagegen in Höhe von 28 Millionen Mark.

Das Wesentliche der Vermögensgrenze ist aber nicht sowohl ihr finanzieller Nutzeffekt, als vielmehr ihr sozialer und volkswirtschaftlicher Erfolg. Sie brächte in ihrer ersten Anlage sofort die entschädigungslose Sozialisierung einer Reihe der größten Betriebe, die sich bisher in Händen der Uebervermögensinhaber oder ihrer Familien-Kapitalgesellschaften befinden. Und sie brächte bei den weiteren Veranlagungen auch künftig eine beträchtliche Beteiligung des Reiches an den bedeutenderen Unternehmungen und Rentenbezügen.

Die Vermögensgrenze bedeutet eine „primitive Form der Konfiskation“. Ihre Beschränkung auf das Großkapital macht in ihrem Bereich die „verfeinerte“ Form der Abfindung und nachträglichen Wegsteuerung des Kapitals enderblich. Kautsky (die soziale Revolution, S. 76—78) gibt der verfeinerten Form ausdrücklich allein deshalb den Vorzug, weil auf dem geraden Wege einer allgemeinen Konfiskation auch die Spargroschen der Arbeiterschaft betroffen werden würden.

Nur im Zusammenhang mit anderen großen Heilmitteln erscheint auch die Vermögensgrenze geeignet, den tiefen Wunden dieser Zeit in etwas beizukommen. Sie würde helfen, den wirtschaftlich schwachen und kranken Teil der Menschheit vom Lebensdruck zur Lebenswürde, von der Haltlosigkeit zum Verantwortungsgefühl, in einem Strindberg'schen Wiede gesehen: von „Schmachhund“ zur „Heiterbucht“ hinaufzuführen.

Ist das Reichsnotopfer ein beinahe zwangsläufiger Akt der finanziellen Selbsterhaltung eines einzelnen Volkes, so erscheint demgegenüber die Vermögensgrenze als eine allgemeine freie Idee, die von den Sozialisten aller Länder aufgenommen werden könnte. Wilhelm Kronen.

Wann kommt die Reichsschulkonferenz?

Im November vorigen Jahres entstand im Preussischen Kultusministerium der Plan einer Reichsschulkonferenz. Das Ministerium wollte sich von der Reichsregierung mit ihrer Vorbereitung und Einberufung beauftragen lassen. Eingeladen sollten zu dieser Konferenz ausschließlich radikale Schulreformer werden. Vertreter der Schulbehörden als solche sollten nur, wenn es nötig schien, als Sachverständige zur Auskunftserteilung zugezogen werden. Ebenso aber auch die bestellten Vertreter der pädagogischen Wissenschaft. Gewiß sollte ihre Arbeit nicht ignoriert, nicht ausgeschaltet werden. Aber gütlicher, richtunggebender Einfluß sollte ihnen nicht eingeräumt werden.

Dem die Frage nach Sinn und Ziel der Volkshochbildung ist zunächst keine wissenschaftlich beantwortbare. Sie ist eine Frage der Wertung, und keine Wissenschaft ist imstande, die letzte, weltanschaulich bestimmte Frage nach dem Sinn und Ziel unserer Bildung allgemeinerbindlich zu beantworten. Es ist darum kein Zufall, daß die Männer, die die Erziehung am nachhaltigsten beeinflussen haben — man denke an Rousseau und Pestalozzi — keine Wissenschaftler waren, und erst recht keine Professoren. Die Wissenschaft kann etwa psychologische Möglichkeiten beurteilen und be-

stehen finden; für den Aufbau des Ganzen unserer Volkshochbildung aber kommt ihr nur regulierende, nicht konstituierende Bedeutung zu.

Dazu kommt noch, daß unserer bestellten Hochschulfachschaft gegenüber größtes Misstrauen am Platz ist. Es ist allgemein bekannt, daß ihre Vertreter in der Mehrzahl zur Kerntruppe der Reaktion gehören; ihre politische oder menschliche Urteilsfähigkeit scheint sehr häufig im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Gelehrtheit zu stehen (man denke an ihre Haltung bei Kriegsausbruch) und schließlich — haben sie denn nicht jedesmal etwa geplante gründliche Reformen unseres Schulwesens sabotiert? Das gilt auch von den eigentlichen führenden „Schulmännern“. Was sie uns zu sagen haben, wissen wir doch zur Genüge. Mögen nun einmal jene Andern zu Wort kommen, die wirklich Neues wollen, die der Schule einen neuen Geist einhauchen wollen und die mit neuen Gedanken an die großen Aufgaben herantreten.

So war die Reichsschulkonferenz gedacht. Wie wird sie nun durchgeführt werden? Allerlei Gerüchte gehen um, die befürchten lassen, daß inzwischen die ursprüngliche gute Absicht ziemlich in ihr Gegenteil verkehrt zu werden droht. Wollen sich die in Betracht kommenden Stellen nicht einmal in der Öffentlichkeit über ihre Pläne äußern?

Dr. Gustav Wyneken.

34:5

In der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Teltow-Beeskow-Storow-Charlottenburg ist darüber geklagt worden, daß sozialdemokratische Mitglieder der Nationalversammlung bei wichtigen Abstimmungen in Weimar gefehlt hätten. Der Referent Genosse Schulz-Ebbing erwähnte, daß einmal 39 sozialdemokratische Abgeordnete gefehlt hätten. Die Mitteilung löste Bewegung in der Versammlung aus.

Infolgedessen wurde eine Resolution angenommen, in der bedauert wurde, daß bei Abstimmungen über wichtige Verfassungspositionen in der Nationalversammlung ein bedenklich großer Teil unserer Parteigenossen abwesend war. Zur dauernden Kontrolle der Abgeordneten durch die Wähler werden Maßnahmen gefordert entweder in der Wahlordnung, oder, wenn das nicht möglich sein sollte, durch die Parteiorganisation.

Es ist richtig, daß einmal in Weimar 39 sozialdemokratische Abgeordnete gefehlt haben. Es war das am 31. Juli, dem Tage der Verfassungsannahme mit den drei wichtigsten Abstimmungen, deren Ausgang den Genossen Löbe damals veranlaßte, von einem „Mod der bürgerlichen Parteien“ zu sprechen. Zwei dieser Abstimmungen wurden durch die Wähler in den Reihen der Sozialdemokraten nicht berührt; die Mehrheit der Bürgerlichen war zu groß. Nur eine Abstimmung, die minder wichtig war, hätte ein anderes Resultat gehabt, wenn alle Sozialdemokraten zur Stelle gewesen wären.

Daran, daß 39 Abgeordnete fehlten, war aber nicht etwa Saumlosigkeit oder mangelnde Pflichterfüllung schuld. Eine sofort ausgenommene Statistik ergab an jenem Tage nämlich folgendes Bild:

- 2 Mandate erledigt (Hug und Staroson),
- 6 Abgeordnete erkrankt,
- 5 - zum Internationalen Gewerkschaftskongress,
- 2 - zur Internationalen Konferenz in Luzern,
- 2 - zur Internationalen Konferenz in Luzern,
- 2 - als Reichskommissare entschuldigt,
- 2 - als einzelstaatliche Minister entschuldigt,
- 3 - als frühere Reichsminister beurlaubt,
- 5 - als Referenten in auswärtigen Versammlungen zurückgehalten.

Das sind zusammen 34 Mandatsträger, deren Abwesenheit begründet war. Es verbleiben noch fünf Abgeordnete,

über deren Fehlen in jenen Stunden keine Meldung vorlag. Sie werden höchstwahrscheinlich auch durch zwingenden Anlaß am Erscheinen verhindert gewesen sein.

Die Genossen und Wähler dürfen überzeugt sein, daß kein sozialdemokratischer Abgeordneter es mit der Erfüllung seiner Pflicht leicht nimmt. Im Gegenteil. Es wird im Weimarer Parlament von den Genossen mit Anspannung aller Kraft bis zur völligen Erschöpfung gearbeitet.

Selbstverständlich sollen auch die Abgeordneten von der Organisation kontrolliert werden. Aber zu begründeten Beschwerden wird sich gegen sie kein Anlaß finden. Die Mandatsträger der Partei sind keine Dickschädeln. Sie sind vielmehr durch Kämter und Pflichten überlastet und erfüllen doch mit bebildener Gewissenhaftigkeit bis zur vollen persönlichen Erschöpfung ihre parlamentarischen Pflichten, die heutzutage wahrlich nicht leicht zu tragen sind.

Die Genossen und die Wähler wie Wählerinnen mögen daher ohne Sorgen sein. Die von ihnen Erwählten stehen auf ihrem Posten.

Friedensvertrag und amerikanischer Senat.

Holländisch Newsbureau meldet aus Washington: Präsident Wilson hat in Beantwortung einiger Anfragen des Senats den amerikanischen Vorentwurf des Völkerbundes dem Senat vorgelegt. Hieraus ergibt sich, daß Artikel 10 des amerikanischen Vorentwurfs sowie die Bestimmungen über die Freiheit der Meere und die Paragraphen bezüglich der Militärdienstpflicht in Amerika ebenfalls in dem amerikanischen Vorentwurf enthalten waren und mit den Bestimmungen des angenommenen Vertrages übereinstimmen. Der amerikanische Entwurf enthält aber keinerlei Anspielungen auf die Monroelehre und über einen etwaigen Austritt Amerikas aus dem Völkerbund.

Auch Lansing, der verantwortliche Berater des Präsidenten Wilson, ist durch den Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten einem Kreuzverhör mit Bezug auf den Friedensvertrag unterworfen worden. Er hat die Senatoren im allgemeinen mit Redensarten abgespeist, ganz im Einklang mit einer von ihm zugegebenen telegraphischen Aufforderung Wilsons an Clemenceau, dem französischen Senat nicht die Protokolle der Friedenskonferenz zu entlassen.

Einige Zugeständnisse hat Lansing indessen gemacht. Von diesen verdienen die folgenden festgesetzt zu werden: erstens: er gab zu,

daß die 14 Punkte so ziemlich Schiffbruch im Laufe der Erörterungen erlitten hätten,

deren allgemeines Ziel die Herbeiführung einer auf gesundem Menschenverstand beruhenden Regelung gewesen sei; zweitens: er gab der persönlichen Meinung Ausdruck, daß der Kaiser nicht in gesegelter Weise vor ein Gericht gestellt werden könne.

Zurückführung der Tschekoslowaken aus Sibirien.

Der Oberste Rat hat seine Einwilligung dazu erteilt, daß Großbritannien, Frankreich und Amerika gemeinsam die Rückführung der tschekoslowakischen Truppen aus Sibirien bewerkstelligen.

Poll erklärte sich bereit, Wilson das Ersuchen zu unterbreiten, daß Amerika für die zu diesem Zwecke notwendige Lonnage Sorge.

Eine russische Offensive.

Die „Times“ melden aus Kiew, daß die Bolschewisten der estländischen Regierung ein Ultimatum überreicht haben, in dem sie zur Rücknahme des estländischen Heeres innerhalb 24 Stunden hinter die Grenzen Estlands aufgefordert wird. Die Bolschewisten verhängen die Unverletzlichkeit des estländischen Gebietes, wenn ihrer Forderung stattgegeben wird. Die estländische Regierung hat auf das Ultimatum geantwortet, daß sie selbst darüber entscheidet, welche Befehle ihren Truppen gegeben werden müssen. Die Bolschewisten überschritten hierauf den Zugeloh.

des jetzigen niedrigen Standes unserer Valuta wandern wertvolle, alle deutsche Kunstschätze waggungsweise ins Ausland ab. Ist die Regierung bereit, durch Erlaß eines Kunstausfuhrverbots oder Verbot eines entsprechenden Gesetzes die weitere Abwanderung deutscher Kunstschätze zu verhindern?

Die preussische Regierung hat gleich nach der Revolution versprochen, dem Reiche einen solchen Schutz durchzusetzen. Er ist an der Valuta und der Geheimratspolitik gescheitert.

Der Deutsche Konistenbund hält seine Hauptversammlung vom 5. bis 8. September in Hannover ab. Es soll durch Einheit und Ordnung gezeigt werden, daß gerade die monarchische Welt- und Lebensanschauung nicht von dem allgemeinen Niedergang betroffen ist. Der Vorstand regt ein Briefauschreiben zur Herbeiführung eines Lehrbuches über konfessionslosen Moralinunterricht an.

Rudolf Hamson als Nobelpreisträger. Wie und aus Kopenhagen gerichtet wird, soll die schwedische Akademie beschließen haben, den Nobelpreis für Literatur diesmal Rudolf Hamson zugeteilen.

Neue tschechische Universitäten. Die Tscheken besetzen im alten Ceska-Budejowice eine Universität, die in Prag nach der Errichtung der Republik wurde die Gründung einer zweiten Universität in Brünn beschlossen, und soll darauf die einer dritten in der Hauptstadt der Slowakei, in Preßburg. Die beiden neuen Hochschulen werden im Herbst d. J. eröffnet.

Ist der Angestellte mit „Herr“ anzureden? Diese Streitfrage, die in letzter Zeit öfters, so auch beim Bedebour-Prozess, im Gerichtssaal verhandelt wurde, beantwortet Kondratiev Dr. Nagler in der „Deutschen Strafrechts-Zeitung“. Er nennt die besonders in Berlin übliche Art, den Angestellten einfach mit dem Familiennamen oder mit „Angestellter“ anzusprechen, einen „Brand“, wovon der Brand mehr echt als die Forderung. Jeder erwachsene männliche Staatsbürger habe ein Recht auf die Adresse „Herr“, denn die gesellschaftliche Vorenthaltung dieser Adresse wird allgemein als Ehrenkränkung angesehen. Der Leiter der Verhandlung soll in vollster Objektivität den Angestellten gegenüberzutreten, und die Rede „Herr“ ist ein Ausdruck dieser so notwendigen Sachlichkeit. Die Gewährung dieser Ehre muß also gefordert werden. (Man wundere sich, daß über eine solche Selbstverständlichkeit noch debattiert werden muß.)

Aus der Welt des Amusements. Die Reichsvereinigung der Langmeister in London hat für ihre Mitgliedschaft einen Preis auf Erfindung eines neuen halbfähigen Tonorgans ausgesetzt. Die Proben, die kürzlich vorgeführt wurden, sind „vielversprechend“. Fast alle geeigneten Töne sind auf den Walzer besser, in langsamem Tempo und ruhigen Bewegungen. Ein großartiger Walzer „The Moller“ („Der Schauspieler“) genannt, erzeugt durch eine Kreuzung der Höhe eine kausale Bewegung. Ein „Wellenwörter“ sucht die Bewegung des Wassers nachzuahmen. „The Bolus“ ist eine Kombination von Walzer und „Auffisch“, daher der Name. Die Gesellschaft hat die Absicht, den besten dieser Töne unter ihren Schülern zu verbreiten und dadurch eine Mode zu schaffen.

Magnetische Gewitter.

Die erdmagnetischen Störungen in München.

Nach einer Bekanntmachung der Münchener Oberpostdirektion sind am Montag, den 11. August, in der bayerischen Hauptstadt so starke erdmagnetische Störungen aufgetreten, daß der größte Teil der Telegraphenleitungen dadurch gestört worden ist. Es handelt sich bei diesem seltsamen Phänomen um einen sogenannten magnetischen Sturm, eine Erscheinung, die verhältnismäßig selten ist und in jedem Jahrzehnt dieselbe einmal auftritt. Sie zeigt uns aber auch die geheimnisvollen Zusammenhänge, die zwischen der Sonne, dem Zentralgestirn unseres Weltsystems, und unserem Planeten bestehen, und die in den magnetischen Fernwirkungen, wie sie von der Sonne auf die Erde ausgeht, werden, ihren wahrnehmbaren Ausdruck finden.

Diese Störungen des Erdmagnetismus treten niemals auf, ohne daß wir gleichzeitig auch die damit in ursächlichem Zusammenhang stehenden Vorgänge auf der Sonne wahrnehmen können. Im Jahre 1852 haben H. Wolf, Sabine und Gauthier fast gleichzeitig den Zusammenhang zwischen den Variationen der Sonnenflecke und des Erdmagnetismus entdeckt, und seither weiß man, daß die schon früher nachgewiesenen Unregelmäßigkeiten der seit etwa über 10 Jahren bekannten Erdströme stets durch Vorgänge auf der Sonne verursacht worden. Man hat inzwischen beide Erscheinungen fortlaufend genau verfolgt und längst den verblüffenden Beweis erhalten, daß sowohl die Kurve der Sonnenfleckenhäufigkeit wie die des Kurstrens der Polarlichter genau mit der Kurve der erdmagnetischen Störungen übereinstimmt. So ist die Sonnenaktivität ganz besonders stark ist, namentlich wenn Sonnenflecken von ungewöhnlich großer Ausdehnung über den Zentralmeridian des Tageskreises gezogen sind, ist die Wahrscheinlichkeit für das Auftreten magnetischer Stürme auf der Erde besonders groß. Und auch diesmal fallen die in München beobachteten starken Erdströme mit einer erhöhten Tätigkeit auf der Sonne zusammen; sind doch gegenwärtig wieder sehr große Sonnenflecken erschienen, die, wie stets, am Ostrande des Tageskreises aufstehen und gemäß der Sonnenrotation allmählich über die ganze Oberfläche des Zentralmeridians nach dessen Westrand wandern, um schließlich dort zu verschwinden. Der Umstand, daß gegenwärtig auf der Nordhemisphäre der Erde Sommer ist, macht es unmöglich, die sicherlich auch jetzt wieder aufstehenden Polarlichter in der arktischen Region und an deren Grenzen zu beobachten; denn die jetzt in weiter Umgebung des Nordpols Tag und Nacht scheinende Sonne überstrahlt natürlich das Polarlicht. Aber vielleicht werden in diesen Tagen Polarlichter in der Antarktis wahrgenommen werden, wo jetzt Winter ist und monatelang Dunkelheit herrscht. Die Polarlichter aber sind ein untrüglicher Beweis dafür, daß die von den Sonnenflecken ausgehenden magnetischen Kräfte unmittelbar das magnetische Feld beeinflussen, das die Erde durchdringt. Die Spektralanalyse hat diese Annahme noch weiter dadurch gestützt, daß sie im Spektrum der Sonnenflecken in besonders großem Umfang die dunklen Linien nachweist, die die Eigenartlichkeit des Spektrums der Metalle darstellen. So können wir sagen, daß die Sonnenflecken riesige Wolken glühender Metallämpfe darstellen, die uns nur deshalb dunkel

erscheinen, weil die sie umgebende Schicht glühenden Wasserstoffs noch erheblich intensiver strahlt. In der Umgebung der Flecken sieht man meist auch helle, überglänzende Lichtböden, die Fackeln, die schon Galiläi beobachtet hat. Von der ungeheuren Ausdehnung der Sonnenflecke vermag man sich ein Bild zu machen, wenn man ihre Größe mit der der Erdoberfläche vergleicht. Fleckengruppen mit einem Durchmesser von 80 000 bis 150 000 Kilometer sind sehr häufig; man hat aber auch schon Fleckendurchmesser von 400 000 bis 500 000 Kilometer beobachtet, während der Durchmesser unseres Planeten nur 12 700 Kilometer beträgt. Es ist daher wohl verständlich, daß solche gigantischen Massen, von vorwiegend metallischer Natur den Magnetismus der Erde aufs stärkste beeinflussen müssen.

Tatsächlich sind die erdmagnetischen Störungen in den Telegraphenlinien, die sogenannten magnetischen Gewitter, gelegentlich denn auch noch weit stärker gewesen, als es diesmal der Fall zu sein scheint. Bei dem letzten starken magnetischen Sturm vom 23. September 1909, der also gerade ein Jahrzehnt zurückliegt, begannen beispielsweise im Telegraphennetz in Christiania die Kabel sofort aufgesetzt zu rücken und bestigen Anstich zu entwickeln. Aus einem der Kabel schlugen gleich darauf Flammen empor, doch konnte das Feuer gelöscht werden, ehe es Schaden anrichtete. In Arenal wurde ein telegraphischer Apparat von den starken Erdströmen vernichtet. In der gleichen Nacht wurde in Stockholm, also in verhältnismäßig sehr niedriger Breite, ein prächtiges Nordlicht beobachtet. Ähnlich heftige Erscheinungen des Erdmagnetismus beobachtet man bereits am 1. September 1839. Am 31. Oktober 1908 war der magnetische Sturm der stärkste seit Jahrzehnten; er wüdete ein Phänomen von nie erlebter Großartigkeit. Tagelang waren in Westeuropa alle Kabel- und Telegraphenlinien gestört; in New York leuchteten zwischen 2 und 4 Uhr morgens harte Nordlichtstrahlen auf. Die glühende Lichter und Farben entfalteten. Gleichzeitig war der gesamte Telegraphen- und Telefonverkehr in den ganzen Vereinigten Staaten gestört. Auch die Kabel nach Europa waren von 2 bis 6 Uhr morgens unterbrochen. Die Schilderungen von der Procht des in New York beobachteten Nordlichts übertreffen alles, was jemals in so niedrigen Breiten wahrgenommen ist. Bruchende Strahlen stiegen vom Horizont auf und veränderten sich oben in glühendes Weiß, Rot, Grün und Blau. Röhren, die sich allmählich abköhlten und mickelten, wie das Schließglied eines Feuerwerks. Es war ein grandioser Anblick. Tiele Leute, die nur eine Blut sah, glaubten, irgendwo in der Nähe wäre ein großer Brand. Dieser Eindruck wurde noch dadurch verstärkt, daß fast in der ganzen Stadt die Klingeln der Telefonapparate ununterbrochen erklangen, beläutet von den starken Erdströmen, die durch das ganze Leitungssystem flossen. Damals gab ein ungeheurer Sonnenfleck über das Zentralgestirn, der an Ausdehnung fünfmal so groß war wie der Umfang der Erde, und der schon mit einem abgelenkten Opternad gefolgt werden konnte.

Notizen.

Der Schub deutscher Kunstschätze. Die Abgeordneten Mittelmann, Becker und Noll von der Deutschen Volkspartei haben folgende keine Anfrage an die Regierung gerichtet: Infolge

Gewerkschaften und Teuerung.

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Die vereinigten Gewerkschaften Dänemarks, die 250 000 Mitglieder zählen, richteten unter Hinweis auf die weiter zunehmende Teuerung und Arbeitslosigkeit an die Regierung einen energischen Protest gegen die Aufhebung der Preisregulierungsgeetze, bevor wieder normale Zustände eingetreten sind. Andernfalls lehnen die organisierten Arbeiter jede Verantwortung für die Folgen bei Anwendung dieser Maßnahmen ab. Es wird insbesondere die Kontrolle der Ein- und Ausfuhr des Landes gefordert. Staatsminister Zable antwortete hierauf, daß die vorgebrachten Anträge in Erwägung gezogen werden. Der Kettenhandel soll bekämpft und die Tarifbildung gefördert werden, wodurch sich eine Milderung der Teuerung erreichen lassen. Der Staat sei innerhalb der Grenzen seiner Rechtsbefugnisse bestrebt, auch auf andere Weise den Preissteigerungen aller lebenswichtigen Artikel entgegenzuarbeiten.

Amerikanische Hilfe für Deutschland.

Aus New York wird berichtet: Das amerikanische Hilfswerk für Deutschland hat nach Anfrage beim Zentralkomitee des Roten Kreuzes in Berlin von diesem unter enger Mitarbeit des Reichsgesundheitsamts und des Reichsernährungsamts die folgenden Sachen zur baldmöglichsten Verschiffung nach Deutschland empfohlen:

400 000 Kästen sterilisierter Milch von je 48 Dosen, 300 Tonnen Lebertran, 1000 Tonnen reines Fett, 10 000 Groß Eier für bedürftige Kinder, Kranke und alte Leute. Sodann eine möglichst große Anzahl Frauen- und Kinderunterzüge und Wolldecken.

Da das amerikanische Liebesunternehmen sehr großzügig aufgebaut ist, so beabsichtigt das Rote Kreuz von Zeit zu Zeit berechnete Wünsche nach den Vereinigten Staaten weiterzugeben, die ihm etwa von geeigneter Seite nahegelegt werden. Um nun den in Deutschland bestehenden Bedürfnissen bei der Verwaltung dieser amerikanischen Hilfsleistungen wünschgemäß zu entsprechen, ist ein Reichs-Ehrenauschuss in Bildung, der den bestehenden Stellen des Roten Kreuzes beratend zur Seite treten soll, und zwar werden dabei die verschiedenen Landesstellen gleichmäßig berücksichtigt. Die Namen der Mitglieder dieses Ehrenauschusses werden in Kürze bekanntgegeben.

Gleichbleiben der Förderung im Ruhrrevier.

Ein kleiner Lichtblick in unserer stetig zurückgehenden Kohlenförderung ist diejenige im Ruhrrevier. Die Förderung, die am ersten August, wie stets an dem Monatsersten, gleich den ersten Tagen des letzten Monats härter zurückgegangen war (in diesem Falle 80 000 Tonnen), hat sich im Laufe der Woche langsam wieder gehoben und zwar um etwa 70 000 Tonnen, so daß sie sich damit ungefähr auf der gleichen Höhe bewegt, wie in der gleichen Zeit des Juli. Die Wagenstellung hielt sich regelmäßig auf etwa 16 000 Wagen, um nur am Wochenabschluss stärker zurückzubleiben. Die Zehntausend schwanken im allgemeinen zwischen 4-5000 Wagen. Die Zufuhr zu den Duisburger-Ruhrorter Kipperhäfen war mäßig. Im Durchschnitt betrug die Kipperleistung rund 1900 Tonnen. Auch der Kanalumschlag der Bechen zeigte kein einheitliches Bild. Im ganzen konnte er sich jedoch vergrößern, da der Mangel an Lagerraum aufhörte und Kühne zurzeit in genügender, wenn auch nicht gerade reichlicher Menge zu haben sind. Im Tagesdurchschnitt betrug der Gesamtkanalumschlag rund 25 000 Tonnen.

Polnische Sorgen.

Aus Warschau wird gemeldet, daß die Deutschen bei der Räumung der abgetretenen Gebiete alles, was dem Staate gehört, verschleppen und daß sie Maßnahmen treffen, um die Ernte nach Deutschland zu bringen. Eine große Menge von Waffen und Munition wurde von den Deutschen nach Rußland geschickt, um dort von den Bolschewisten verwendet zu werden. Gleichfalls schicken die Deutschen zahlreiche Instrukteure für das Rote Heer nach Rußland. Im Zusammenhang hiermit hat die polnische Regierung die Allierten gebeten, eine eigene Kontrolle zwischen Rußland und Litauen einzurichten zu dürfen.

Wir können dem Warschauer Oberst Holmes vertraulich noch mehr mitteilen. Nicht nur die Ernte, sondern sogar die baltische Erde wird verladen und nach Deutschland geschickt. Nicht nur Instrukteure für das Rote Heer, sondern Ludendorff und Kossel selbst treten an die Spitze der russischen Armee. Deutsche Unterseeboote fahren unter Wasser der Ostsee und Ostsee aufwärts, um Warschau im gegebenen Moment von der See aus anzugreifen. Wir seien dem Warschauer Detektiv, sich rechtzeitig einen bombensicheren Unterschlupf zu bauen.

Die bayerische Verfassung.

Der in Bamberg versammelte Landtag hat die bayerische Verfassung mit 165 gegen 3 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Die sozialdemokratischen Anträge, die sich auf die Führung des Adelsstimmens und die Wählbarkeit der Beamten anstatt ihrer Ernennung und festen Anstellung bezogen, wurden abgelehnt.

Der Landtag ertrugte außerdem durch die Annahme eines entsprechenden Gesetzes seine Geltungsdauer bis zum 30. Juni 1922.

Die Schimpfflut gegen Deimling.

Die mannhafteste Tat des Generals Deimling, der den Mut fand, in seinem Brief an Erzberger offen gegen die Oberste Oberleitung vorzugehen und das stets gleichbleibende Wirten der Kriegsverlängerer von einst und jetzt zu geißeln, kann ein Teil der Berliner Presse, voran der „Berliner Lokalanzeiger“, nicht anders beantworten, als durch persönliche Verunglimpfung des Gegners.

Es ist diese dieselbe Methode, die sich in dem Feindes gegen Erzberger äußerte, durch Hinüberspielen todsicherer Gegenstände auf das persönliche Gebiet den politischen Gegner zu diskreditieren. Ganz abgesehen von der dadurch hervorgerufenen Vergiftung unseres innerpolitischen Lebens sollte man sich doch auch den Eindruck auf das Ausland klar machen, bevor man zu solch niedrigen Mitteln greift. Das Vorgehen des „Berliner Lokalanzeigers“ wirkt um so unangenehm, als er den Brief Deimlings nur im Auszuge wiedergegeben hat, der den warmen Grundton, der aus dem Briefe hervorstrahlt, völlig entstellt.

Wollten wir in der gleichen Weise vorgehen, so würden wir manches gegen General Ludendorff vorbringen können, der letztendlich die ganze Armee hinter sich gehabt hat.

Sachlich sei noch bemerkt, daß wir mit allen Wendungen, Umständen nicht um die Tatsache herumkommen, daß General Ludendorff und die anderen Kriegsverlängerer jedem Versuch, zu einem der Kriegslage wirklich entsprechenden Frieden zu gelangen, in heillosen Verblendung entgegen gearbeitet haben. Von dieser Schuld läßt sich selbst dann nichts hinwegwischen, wenn es den Tatsachen entspricht, daß auch die vorzeitigen feindlichen Nachrichten einem Verständigungsfrieden nicht geneigt waren.

Industrie und Handel.

Börse.

Das Geschäft an der Börse hielt sich in den engen Grenzen. Die Tendenz war eher schwach, da die Streikmeldungen aus Oberschlesien vernehmen und zwar um so mehr, als verlautet, daß die Streikbewegung auch auf Rheinland Westfalen überzugreifen drohe. Gute Meinung bestand lediglich für Schiffahrtsaktien im Hinblick auf die gestrige Finanzrede Erzbergers. Im Kurse gestiegen waren vor allem Hanja. Montanwerte waren uneinheitlich und überwiegend schwächer, vor allem Lauro und Kattowitzer. Farbwerke waren neuerlich erholt; Elektro- und Rüstungspapiere umfahlos. Fest waren (jodann) Kanada und Petroleumwerte, in erster Reihe Steaua Romana und deutsche Erdöl-Gesellschaft. Heimische Anleihen gaben weiter nach; Kriegsanleihe stellten sich auf 79 1/2.

Groß-Berlin

Zum Wiederaufbau der Spandauer Staatsbetriebe.

Vom Zentralbeirat der Reichswerke Spandau wird uns geschrieben:

Die technische Leitung der Spandauer Werke war seit Wiedereröffnung derselben Herrn Prof. Schlefinger von der technischen Hochschule Charlottenburg überwiesen worden. Die ihm gestellte Aufgabe war eine äußerst schwierige, da das bisherige System der Berechnung der Amifikation und die Betriebsorganisation von Grund aus geändert werden mußte. Wiedereinstände verschiedener Art waren zu beseitigen, um einer neuzeitlichen betriebswirtschaftlichen Auffassung Platz zu machen. Diese gewaltige Reorganisation hat Prof. Schlefinger in zwei Monaten geleistet. Die Arbeiter bedauern, daß Prof. Schlefinger am 1. August zurückgetreten ist, um sich wieder ganz seiner Bekräftigung zu widmen. Der Zentralbeirat der Reichsbetriebe hofft, daß Herr Prof. Schlefinger mit seinen reichen Kenntnissen auch ferner den Staatsbetrieben hilfreich zur Seite steht. Hoffentlich gelingt es bald, große Aufträge herbeizubringen, um die Staatsbetriebe so zu gestalten, daß sie sich nicht nur selbst erhalten, sondern dem Reich auch einen Nutzen abwerfen und die Zahl der beschäftigten Arbeiter sich bedeutend vergrößert. Erst dann wird das Werk Prof. Schlefingers die Anerkennung finden, die ihm gebührt, umso mehr, da seine Tätigkeit eine vollkommen ehrenamtliche gewesen ist.

Am 1. August waren in den Staatsbetrieben Spandaus wieder beschäftigt: 13 192 Personen, davon 10 788 männlich, 2400 weiblich. In neuer Friedensfabrikation sind tätig 66,4 Proz. = 8733 Personen.

Die Tuberkulosensterblichkeit in Spandau während des Krieges.

Die Stadt Spandau ist in früheren Jahrhunderten wiederholt von furchtbaren Pestepidemien heimgesucht worden. Das erste Mal wird uns vom Jahre 1666 als einem Pestjahr berichtet, wo in Spandau 1400 Menschen dieser furchtbaren Seuche zum Opfer gefallen sein sollen. Ueber die Einwohnerzahl Spandaus in jener Zeit haben wir leider keinerlei zuverlässige Nachrichten; jedenfalls liegt jene Zahl einen ganz erheblichen Prozentsatz der Bevölkerung dar. In der Spandauer Chronik ist denn auch zu lesen, daß infolge der Pest ganze Familien ausgestorben sind. Während des Weltkrieges ist es dank den Vorzügen der modernen Hygienegelungen — abgesehen von periodisch auftretenden Grippeepidemien — den Ausbruch großer verheerender Seuchen zu verhindern. Eine Krankheit jedoch, die in steigendem Maße am Mark des Volkes die Tuberkulose. Von der männlichen und weiblichen Wohnbevölkerung starben während des Krieges in Spandau:

	überhaupt	an Tuberkulose	
		absolut	in Proz. der Gesamtbevölkerung
1914	1823	126	9,5
1915	1298	113	8,7
1916	1155	159	13,8
1917	1454	171	11,7
1918	1580	298	18,5

Im zweiten Vierteljahr 1919 waren von 84 Sterbefällen 52 solche an Tuberkulose, das sind 61,7 Proz. aller Sterbefälle. Dieser starke Anstieg der Tuberkulose, der überall im deutschen Reich zu verzeichnen ist, ist vor allem auf die mangelhafte Ernährung zurückzuführen; hat sich doch, wie von der russischen Seite festgestellt worden ist, die Bevölkerung Deutschlands seit Jahr und Tag mit einem Drittel der Nährwertseinheiten behelfen müssen, die ein gesunder arbeitender Mensch nach wissenschaftlicher Erfassung als Mindestmenge gebraucht. Die Bekämpfung der Tuberkulose aber war durch die verschiedenen Umstände in hohem Grade erschwert. Die Benutzung der weichen Krankenhäuser als Lazaretts verhinderte die Quarantäne der Kranken und die Überfüllung der Wohnungen, wodurch die Ansteckungsgefahr für die Angehörigen nur erhöht wurde. Auch der Mangel an Seife und Desinfektionsmitteln sowie die Anwesenheit an Wäsche bildeten eine wesentliche Verschärfung der Tuberkuloseerkrankung.

Das Reichsversicherungsamt über „Rückkehr in die Heimat“.

Das Reichsversicherungsamt hat eine sowohl für alle Krankenkassen als auch die aus dem Herberdienst entlassenen schwerbeschädigten Kriegsteilnehmer bedeutungsvolle grundsätzliche Entscheidung gefällt. Es wird darin der Grundsat aufgestellt, daß ein in die Heimat aus dem Herberdienst entlassener Kriegsteilnehmer im Sinne des § 3 des Gesetzes über die Erhaltung von Anwartschaften aus der Krankenversicherung vom 4. August 1914 auch dann in die Heimat zurückgeführt ist, wenn er infolge schwerer Verwundung dauernd außerstande ist, seine Erwerbstätigkeit wieder aufzunehmen. Ferner hat das Reichsversicherungsamt in derselben Entscheidung dahin erkannt, daß ein Kriegsteilnehmer, der nach § 1 der Verordnung des Bundesrats über Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges vom 28. Januar 1915 in die Krankenversicherung wieder eingetreten ist, wegen eines Leidens, das beim Wiedereintritt schon bestand, Anspruch auf die Kostenleistungen auch dann hat, wenn das Leiden vorwiegend durch dauernde, völlige Erwerbsunfähigkeit verbunden ist. Es muß den zuständigen Organen des Reiches überlassen bleiben, ob und inwiefern den Krankenkassen, die durch die Folgen des Krieges an sich schon in schwere Bedrängnis gekommen sind, durch außerordentliche Maßnahmen zu helfen sei.

Der 2. Abend des Einführungskurses in den wissenschaftlichen Sozialismus findet Donnerstag, abends 7 Uhr, in der Aula der Gemeindefschule, Schulstraße 7, statt. Vortragender: Genosse Heller.

Die Sprengung der Räuberbande Sojot, die zuletzt in einer Stärke von 300 Köpfen seit langer Zeit Oberschlesien unsicher machte, wird jetzt wohl auch zur Sühne eines Verbrechens führen, das die beiden Brüder Erich und Wilhelm Sojot im vergangenen Jahr in Berlin verübten. Der eine der beiden Räuber wurde bei seiner Verhaftung von den Soldaten erschossen, der andere aber festgenommen und wird sich nun auch in Berlin zu verantworten haben. Es handelt sich um den Raubmordanschlag auf die 62 Jahre alte Witwe Rosine Meyer in der Rauterstraße 27.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Wichtig. Die Gemeinde beabsichtigt, falls genügend Bestellungen erfolgen, die folgende Käufe zu beschaffen, und zwar stellt sich der Preis voraussichtlich auf 65 Pf. für die Kans. Bestellungen im Verkaufsbüro der Lebensmittelstelle spätestens 15. August.

Tempelhof. 2 Pfund Kartoffeln a 20 Pf. auf die Abchnitte 3a und b. Der noch nicht beehrte Abchnitt 3c ist ungenügend. Auf H-Schlößchen für die Monate Juni, Juli und August 3 Packungen (je 6,20 Pf.). Ferner 200 Gramm ausländisches Weizenmehl (0,48 Pf.) auf Abchnitt 3b der Letzter Lebensmittelkarte für Kinder im 5. und 6. Lebensjahre auf Runderwählkarten „CI“ und „O II“ für August 500 Gramm Hefeflocken, 4 Pakete Zwieback.

In dieser Woche müssen an demselben werden 300 Gramm Hefeflocken auf 50, 500 Gramm Teigwaren auf 60, 500 Gramm Gruppen auf 61, 250 Gramm Weizenmehl auf 67, und auf 69 und 70 je 250 Gramm ausländische Hefeflocken. — Von heute bis Sonnabend Verkauf von 250 Gramm Runderwähl (0,40 Pf.) auf Abchnitt 63. — Anmeldung hat bis Freitag zu erfolgen.

Wittenau. Von Freitag ab: auf Abchnitt K 12 der Einzelgruppenkarte 250 Gramm Runderwähl (0,42 Pf.). Abchnitt 55 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 250 Gramm Hefeflocken (0,38 Pf.), Abchnitt 56 125 Gramm Weizenmehl (0,80 Pf.). Abchnitt 57 250 Gramm Weizenmehl (1,45 Pf.). Abchnitt 58 250 Gramm Weizenmehl (0,85 Pf.). Ware ist spätestens Sonnabend, den 23. d. M., abzugeben.

Genossenschaft. Am Donnerstag auf Karte 100 Gramm Butter, B S 3 bei den Butterhändlern 1 Pf. Kartoffeln, bei den Fleischern auf E Z 12 200 Gramm ausländisches Schweinefleisch und 180 Gramm Koloflet. Freitag: A 5 500 Gramm Hefeflocken, A 6 500 Gramm Runderwähl, B S II 700 Gramm Kartoffelweizenmehl als Kartoffelersatz, E Z II 500 Gramm ausländisches Weizenmehl, A 4 1 Dose kondensierte Milch. Ferner steht im Rathaus Zimmer 5 ein Posten Herrenanzug zum Verkauf.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Genossenschaft „Interkommunal“ tagt jeden Freitag abends 7 Uhr, Friedrichstr. 71, Bayenhof. Anfängerkursus: 23. August.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Tempelhof. Sonntag: Beschäftigung des Botanischen Gartens unter fachkundiger Leitung. Abfahrt 8.17 und 8.37 von Rosenthaler Chausseestraße, Ecke Kottbuscher, mit der Letzter Kreisbahn. Treffpunkt 1/10 Uhr auf dem Schlößchen des Botanischen Gartens in Dahlem. Unter den Gästen. Nachzügler können auf Führung nicht rechnen. — Der neu gegründete Genossenschaft der S. O. D. hat seine erste Zusammenkunft Freitag 1/8 Uhr bei Buje, Kottbuscher-Str. 74, Genossen, die sich noch beteiligen wollen, sind herzlich eingeladen. Der Bildungsausschuß.

Landwehr. Donnerstag, 8 Uhr, Redende mit politischer Aussprache in allen Bezirken. 1. Bezirk (Dorf): Herr Paradiesgarten, Rühlstr. 21; 2. Bezirk (Süd): Herr Schulz, Rühlstr. 37; 3. Bezirk (Mitte): Herr Herrmann, Rühlstr. 43; 4. Bezirk (West): Herr Ullrich, Viktorstr. 65/5. Freitag, 8 Uhr, Donnerstag, abends 8 Uhr, in Conradts Keller, Friedrichstr. 107, öffentliche Volksversammlung. Genosse Heilmann spricht über „Das Schicksal der deutschen Revolution“. Oberbürgermeister. Deutscher 1/3 Uhr, abends 8 Uhr, Vortrag. 1. Bezirk (Westlicher Teil): Herr Köhler, Weststr. 10; 2. Bezirk (östlicher Teil): Herr Köhler, Weststr. 10; 3. Bezirk (östlicher Teil): Herr Köhler, Weststr. 10; 4. Bezirk (östlicher Teil): Herr Köhler, Weststr. 10.

Jugendveranstaltungen.

Bereit Arbeiterjugend Groß-Berlin. Die Veranstaltungen ähnlicher Art sollen am Donnerstag wegen der Bedenken ausfallen.

Aus aller Welt.

Schweres Brandunglück in Köln.

In einem Schuppen des ehemaligen Kohlenamtlagerdepots in Köln-Poll, in dem Arbeiter mit dem Verladen von Rauchminen beschäftigt waren, brach am Mittag des Dienstag Großfeuer aus, wobei zahlreiche Personen getötet wurden. Bis zum Nachmittag hatte die Feuerwehr elf Leichen geborgen. Weitere Leiche sollen unter den Trümmern liegen. Unter den Opfern befinden sich auch nach einer Meldung des „N. Z.“ zwei englische Soldaten, die auf Wachtposten standen. Das Feuer ist vermutlich durch Selbstentzündung der Rauchminen entstanden. Der Schuppen ist vollständig niedergebrannt.

Schwere Betäubungen durch Mandelöl. Unter schweren Betäubungserscheinungen nach dem Genuß von Kuchen, der mit Mandelöl zubereitet war, sind in Leipzig in einem Hause der Waldstraße 14 Personen erkrankt, von denen zwei bereits gestorben sind. Einige schweben in Lebensgefahr.

Ein Todeurteil. Das außerordentliche Kriegsgericht in Düsseldorf hat den Kaufmann Gerhard Hirschbach zum Tode verurteilt. Hirschbach hat am 27. Juli in Düsseldorf-Berchen auf einem Wege nahe der Grenze des besetzten Gebietes den Kaufmann Colas Weimer aus Münster erschossen und seiner Wertschaft von 2000 M. beraubt.

Raubüberfall. Dienstag mittag gegen 1 Uhr wurden zwei Angestellte des Eisenwerks „Union“ von zwei jungen Wüchsen in Dortmund überfallen. Einem der Angestellten wurde eine Aktentasche mit 125 000 M. Lohnausgaben entzogen. Die Räuber schossen auf die sie verfolgenden Angestellten. Es gelang, einen der Täter festzunehmen, der andere entkam mit dem Gelde.

Doppelmord. In Rantode (Westfalen) wurde gestern das Landwirtschafterpaar Kleider ermordet aufgefunden. Beide Eheleute hatten zahlreiche Kopf- und Halswunden. Den drei Kindern, die im Zimmer der Eltern schliefen, war nichts geschehen. Auch ist nichts gestohlen worden. Man glaubt daher, daß ein Raubmord vorliegt.

Gewerkschaftsbewegung

Die Sozialisierung der Elektrizitätswerke und die Arbeiter.

Der Nationalversammlung in Weimar ist der Gesetzentwurf für die Sozialisierung der Elektrizitätswerke zugegangen und von ihr zur Vorbereitung dem Ver- und Ausschuss überwiesen worden. An diesen Ausschuss richtete der Zentralverband der Kaufleute und Geizler sowie Berufsgenossen Deutschlands die nachstehende Eingabe: Als zuständige Berufsorganisation der in den Elektrizitätswerken beschäftigten Arbeiter erheben wir Protest dagegen, daß ein Gesetzentwurf von so grundlegender Wichtigkeit wie die Sozialisierung der Elektrizitätswerke der Nationalversammlung vorgelegt wurde, ohne die berufene Vertretung der Arbeiter gehört und ihre Vorschläge entgegengenommen zu haben.

Wir sind jahrelang mit Elektrizitätswerken durch Tarifverträge verbunden, die sich in letzter Zeit durch Begünstigung noch ungenügender gehalten haben.

Es liegt uns daran, bei der Umgestaltung der Elektrizitätswerke die Arbeiterinteressen in jeder Form gewahrt zu wissen. Dies kann jedoch nur geschehen, wenn die beruflichen Vertreter mit zu den Beratungen herangezogen werden. Aus vorstehend kurz angeführten Gründen bitten wir, uns zu den Beratungen des Ver- und Ausschusses einzuladen.

Wir halten es nicht nur für richtig, sondern für ganz selbstverständlich, daß bei so einschneidenden Maßnahmen, wie die Sozialisierung der Werke, die beruflichen gewerkschaftlichen Vertreter der beteiligten Arbeiter gehört und nicht vor vollendeter Tatsache gestellt werden. Denn nur so ist es möglich, Meinungsstößen, die später zu schweren beruflichen Konflikten führen können, zu vermeiden.

Die Bankbeamtenbewegung in Berlin.

Die einzelnen Berliner Bankinstitute nehmen jetzt zu den Angeboten der Bankleitungen betreffend die Ablösung der im

